

MEDIENMITTEILUNG ZUM JAHRESERGEBNIS DER UBS

Jetzt gemeinsam mit dem Personal wieder erfolgreich werden

Der KV Schweiz ist besorgt über den Rekordverlust der UBS. Dass aber der Kundengelderabfluss offenbar gestoppt werden konnte, ist erfreulich. Während im Investment-Banking rund 2000 Stellen vor allem im Ausland abgebaut werden sollen, wurde der geplante Stellenabbau in den übrigen Bereichen noch nicht beziffert. Der Kaufmännische Verband fordert die UBS auf, jetzt zusammen mit Vertretern der Sozialpartner und der internen Personalvertretungen Lösungen wie Pensenreduktionen und Weiterbildungen zu erarbeiten und damit die zweifellos nicht einfache Situation sozialverträglich zu bewältigen.

Die Bankenwelt, insbesondere auch die UBS, wird nach der Finanzkrise nicht mehr in der alten Form weiter existieren. Gerade angesichts dieser Umwälzungen muss die UBS auf ihre Stärke – nämlich die Kompetenz ihres Personals – setzen. Es gilt nun, die Zeit für Weiterbildungen zu nutzen, damit die Bank ihre Position im veränderten Umfeld behaupten kann.

Statt auf Entlassungen muss der Fokus deshalb klar auf der Weiterbildung und auf innovativen Arbeitszeitmodellen liegen. Der bestehende Sozialplan der UBS mit ihren Sozialpartnern (darunter dem KV Schweiz) ist in diesem Sinne zu modifizieren. In Bereichen, in denen Reduktionen unvermeidbar sind, sollten Pensenreduktionen der Mitarbeitenden ins Auge gefasst werden. Dies ist für die betroffenen Arbeitnehmenden zwar eine Einbusse, aber einem Stellenverlust immer noch vorzuziehen. Weiter sind prioritär die Überstundenguthaben, die sich in den letzten Jahren angehäuft haben, abzubauen. Zu Entlassungen darf es nur in Ausnahmefällen kommen.

Wenn man den Prognosen der UBS-Leitung Glauben schenken darf, wird die Bank in Kürze wieder schwarze Zahlen schreiben. Erfreulicherweise konnte der Kundengeldabfluss gestoppt werden. Jetzt Angestellte zu entlassen, um bald wieder neues Personal einzustellen und einzuarbeiten, wäre weder aus betriebswirtschaftlicher noch aus sozialer Sicht sinnvoll. Der Bund ist gefordert, auch im Interesse der Sozialwerke entsprechend Einfluss auf die UBS zu nehmen.

Was die Boni anbelangt, so ist nun eine Abkehr von der sogenannt leistungsorientierten Entlohnung zu Gunsten von transparenten und leistungsgerechten Fixlöhnen überfällig. Damit wird vermieden, dass sich die Angestellten in vermeintlicher Sicherheit wähen. Gleichzeitig können gefährliche Anreizsysteme eliminiert werden.

Rückfragen Barbara Gisi, Leiterin Angestelltenpolitik, Natel 079 775 66 10
Peter Kyburz, Generalsekretär, Natel 076 444 55 45

Datum 10. Februar 2009

Medienmitteilungen www.kvschweiz.ch/medieninfo
